

Stand: 20.05.2026 18:17:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12045

"Sichere digitale Räume für alle: Für eine wirksame Regulierung von Social Media"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12045 vom 20.05.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Sanne Kurz, Julia Post, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Sichere digitale Räume für alle: Für eine wirksame Regulierung von Social Media

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei den Verhandlungen zum zweiten Teil des Digitale Medien-Staatsvertrags dafür einzusetzen, soziale Netzwerke stärker im Sinne des demokratischen Gemeinwohls zu regulieren. Das Ziel: Plattformen sollen Orte für Debatten und Austausch sein – ohne Verzerrung durch Falschinformationen, Hass oder manipulative Algorithmen.

Die Staatsregierung wird insbesondere aufgefordert, sich für folgende Punkte einzusetzen:

- Weniger Manipulation, mehr Kontrolle für Nutzerinnen und Nutzer: Begrenzung suchtfördernder Mechanismen wie Endlos-Feeds oder engagement-optimiertes Ranking der Beiträge, die vor allem auf lange Nutzungsdauern abzielen.
- Besserer Schutz für Jugendliche: Durchsetzung der Altersbegrenzung, wirksamer Schutz vor Cybermobbing und schädlichen Inhalten sowie sichere digitale Räume für junge Menschen.
- Scharfes Schwert gegen Desinformation und Hass: Ausbau rechtlicher Instrumente gegen Falschinformationen, koordinierte Manipulation, Hassrede und gewaltverherrlichende Inhalte, Stärkung der Aufsichtsbehörden.

Begründung:

Soziale Netzwerke wie Instagram, TikTok, WhatsApp oder X sind längst die Orte, an denen sich öffentliche Meinung bildet. Doch ihre intransparenten Algorithmen bevorzugen, was aufwühlt, polarisiert oder in die Irre führt. Das Ergebnis: Falschinformationen, Hass und extreme Inhalte bekommen mehr Reichweite, auf Kosten sachlicher Debatte und des Vertrauens in unsere Demokratie. Plattformen sind bewusst so gebaut, dass Nutzerinnen und Nutzer möglichst lange bleiben: Endlos-Feeds, ständige Benachrichtigungen, personalisierte Empfehlungen. Das kann süchtig machen. Wer sich dem entziehen will, hat oft keine echte Wahl, Alternativen zum algorithmischen Feed fehlen oder sind versteckt. Gleichzeitig fehlt echte Vielfalt: Algorithmen bevorzugen Inhalte, die Klicks bringen, nicht Inhalte, die informieren. Seriöser Journalismus, besonders auf lokaler Ebene, verliert zunehmend an Sichtbarkeit. Filterblasen verstärken sich. Hass, Hetze und Desinformation verbreiten sich weitgehend ungebrems. Gezielte Desinformationskampagnen und koordinierte Manipulation treffen alle Altersgruppen. Jugendliche sind besonders gefährdet: Studien zeigen, dass aufmerksamkeitsgetriebenes

Design der psychischen Gesundheit schadet. Junge Menschen stoßen zudem häufiger auf schädliche Inhalte, Cybermobbing und Belästigung. Schon jetzt sind Konzentrationsprobleme und Verhaltensauffälligkeiten zu beobachten.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, braucht es klare Regeln: Nutzerinnen und Nutzer müssen eine echte Wahlmöglichkeit erhalten – etwa durch einen einfachen Opt-out-Button, der den Wechsel vom algorithmischen Feed auf eine neutrale Darstellung ermöglicht. Minderjährige brauchen verbindliche Schutzregeln mit strengeren Voreinstellungen in den Apps, z. B. zur Nutzungsdauer und zur Durchsetzung der Altersgrenzen. Wirksame Maßnahmen zum Schutz vor Cybermobbing sind lange überfällig. Zudem müssen Aufsichtsbehörden mehr rechtliche, personelle und technische Mittel erhalten, um gegen Falschinformationen, Hassrede und koordinierte Manipulation wirksam vorgehen zu können.

Als Torwächter der öffentlichen Debatte tragen soziale Netzwerke eine besondere Verantwortung für die demokratische Informationsordnung. Der zweite Teil des Digitale Medien-Staatsvertrags bietet die Chance, diese Verantwortung durch klare Regeln einzufordern: für eine digitale Öffentlichkeit, die Demokratie stärkt statt untergräbt.